

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



GEDÄCHTNISARBEIT ZUR NS-VERGANGENHEIT ALS
GESELLSCHAFTSPOLITISCHES PROJEKT
Eine geschichtskulturelle Spurensuche

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
Tel. +49(0)30-263 9890 39
Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de
www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christine Fischer-Defoy Vorsitzende
Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender
Christine Kühnl-Sager stellvertr. Vorsitzende
Marion Goers
Dr. Matthias Haß
Astrid Homann
Dr. Gerd Kühling
Angelika Meyer
Monica Puginier

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien
in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

Druckerei Gottschalk

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag Einzelmitglied:
55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Jahresbeitrag Vereinigungen:
165,00 Euro, ermäßigt 82,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse
BLZ 10050000
Konto Nr. 610012282

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82

BIC: BELADEBEXXX

Bildrechtenachweis

- Titel Monika Rummler, Berlin
- S. 2 Landesarchiv Berlin, Fotograf: Thomas Platow
 - S. 3 Monica Puginier, Berlin
 - S. 5 Paul Glaser, Berlin
 - S. 6 Monika Rummler, Berlin
 - S. 7 Monika Rummler, Berlin
 - S. 13 Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin
 - S. 15 SLUB Dresden/Deutsche Fotothek,
Fotograf: Abraham Pisarek
 - S. 16 Museum Treptow-Köpenick, Berlin
 - S. 20 Berliner VVN-VdA e.V., Archiv
 - S. 21 Quelle: Arbeiterjugend-Verlag, Berlin/Gedenkstätte
Stille Helden in der Stiftung Gedenkstätte Deutscher
Widerstand, Berlin
 - S. 22 Deutsches Historisches Museum, Berlin
 - S. 23 aus: Skizzenbuch. Festgabe des Verbandes der Pressezeichner
anlässlich seines ersten Balles am 22. Februar 1929,
Berlin 1929

INHALT

- 2 Editorial**
Christine Fischer-Defoy

- 4 Gedächtnisarbeit zur NS-Vergangenheit als gesellschaftspolitisches Projekt.
Eine geschichtskulturelle Spurensuche**
Cornelia Siebeck

- 12 Rede zur Stolpersteinverlegung für als „asozial“ stigmatisierte NS-Opfer am 21. April 2016**
Michael Wildt

- 14 Die ersten OdF-Denkmäler Berlins**
Anna Georgiev

- 20 „Ich habe ja nur pressegezeichnet!“
Das Leben und Wirken Erich Blochs vom Kaiserreich bis in den Kalten Krieg**
Gerd Kühling

Liebe Mitglieder und Freunde des Aktiven Museums,

Nur eine kleine Zahl auf dem Titelblatt dieses Rundbrief verrät, dass es sich um ein besonderes Heft handelt: es ist das 75. Heft, das nun im 33. Jahr des Bestehens unseres Vereins erscheint! Ein herzlicher Dank und Glückwunsch geht daher an unseren Geschäftsführer Kaspar Nürnberg, der schon seit vielen Jahren in Personalunion als Herausgeber, Chefredakteur, Lektor und Korrekturleser fungiert!

Während mit den Schulferien in diesen Wochen das Berliner „Sommerloch“ beginnt, begeben wir uns in den verschiedenen Beiträgen dieses Heftes auf Zeit-Reise: Anna Georgiev erzählt am Beispiel früher Denkmale für die „Opfer des Faschismus“ in den 1940er-Jahren von den Schwierigkeiten, für das Gedenken an NS-Verfolgung und Widerstand künstlerische Formen und politische Akzeptanz zu finden. Gerd Kühling berichtet von den zahlreichen Zuschriften, die uns aufgrund der im letzten Rundbrief gezeigten Fotografien einer frühen Gedenkveranstaltung am heutigen Gedenkort „Gleis 17“ im Grunewald erreichten. Viele Namen der dort abgebildeten Überlebenden der NS-Verfolgung und ihre Geschichte konnte nun entschlüsselt werden, so unter anderem die des Grafikers Erich Bloch.

In einem früheren Rundbrief hatten wir um Zuschriften und Vorschläge zur künftigen Arbeit unseres Vereins gebeten, aber kaum Reaktionen erhalten. Cornelia Siebecks Titelgeschichte ermutigt uns nun zur Reise in die Zukunft nicht nur des Vereins, sondern der Gedenkstättenarbeit insgesamt. Den hier abgedruckten Vortrag hielt sie anlässlich des 33. Jahrestag der Gründung des Aktiven Museums am 9. Juni 2016 auf einer Kooperationsveranstaltung mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Vielleicht motiviert der Text ja doch noch den einen oder die andere, uns zu diesem Thema zu schreiben.

Anlässlich des 20. Jahrestages der Verlegung von Stolpersteinen in Berlin fand am 11. Mai 2016 in Kooperation mit der neuen Gesellschaft für bildende

Kunst (nGbK) eine sehr gut besuchte Diskussionsveranstaltung mit Gunter Demnig und Leonie Baumann, ehemals Geschäftsführerin der nGbK, statt. Die nGbK, Gründungsmitglied des Aktiven Museums, hatte 1996 die damals noch illegale erste Verlegung in Kreuzberg als Kunstprojekt unterstützt.

Drei Wochen vorher, am 21. April 2016, wurden am Alexanderplatz fünf Stolpersteine für Menschen verlegt, die als sogenannte „Asoziale“ im Nationalsozialismus stigmatisiert und ermordet worden waren. Es sind die ersten Stolpersteine für diese Verfolgtengruppe in Berlin, somit ein wichtiger Anfang auf dem Weg, die Diversität der Verfolgungsmaßnahmen und ihrer davon Betroffenen stärker im öffentliche Bewusstsein Berlins zu verorten. Hierzu trug auch die Rede von Michael Wildt zu diesem Anlass bei, die wir in diesem Heft dokumentieren.



Berliner Gedenktafel für Elisabeth Bergner vor ihrem damaligen Wohnhaus im Faradayweg 15 in Dahlem

Am 12. Mai 2016 wurde die erste vom Aktiven Museum betreute Berliner Gedenktafel in diesem Jahr enthüllt: dem Steglitz-Zehlendorfer Bezirksbürgermeister Norbert Kopp halfen dabei Kinder der heute dort ansässigen Kita. Geehrt wurde die berühmte Schauspielerin Elisabeth Bergner, die vor den Nationalsozialisten emigrieren musste.

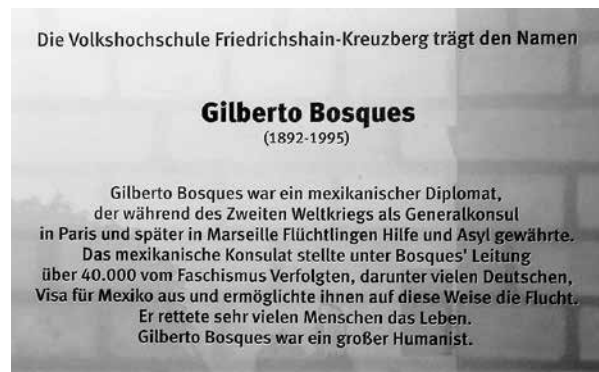
In zwei Ausflügen begaben sich Mitglieder und Freunde des Aktiven Museums auf Zeitreise: Am 9. Mai 2016 führte Thomas Irmner eine Gruppe über die von ihm kuratierte Open Air-Ausstellung zur Geschichte des „Städtischen Arbeits- und Bewahrungshaus Berlin-Lichtenberg“ in Rummelsburg. Und am 2. Juli 2016 fand eine Exkursion durch das ehemalige „Olympische Dorf 1936“ in Wustermark-Elstal statt, in dem noch einige der Wohngebäude und Sportanlagen besichtigt werden können, so zum Beispiel die spektakuläre Schwimmhalle. Das gesamte Areal wird von der „DKB-Stiftung für gesellschaftliches Engagement“ betreut, die sich um dessen Erhalt kümmert und Führungen anbietet.

Auf die Reise gingen und gehen auch mehrere Wanderausstellungen des Vereins: „Haymatloz. Exil in der Türkei“ war kürzlich in der Gesamthochschule Kassel zu sehen. Während in der Türkei die Menschenrechte außer Kraft gesetzt und Zehntausende verhaftet werden, erinnert sie auch an die von Kemal Atatürk, dem Helfer der deutschen Flüchtlinge, eingeführte Trennung von Religion und Staat, die nun ebenso wie die Demokratie dort wieder abgeschafft wird.

„Letzte Zuflucht Mexiko“ reist mit seinen Koffern und Bannern im Herbst nach Hamburg und wird dort von der Alfred Toepfer Stiftung gezeigt werden. Gilberto Bosques, bekanntlich Protagonist unserer Ausstellung, ist derweil seit dem 29. Juni 2016 Namenspatron der Volkshochschule Friedrichshain-Kreuzberg. Am Hause wurde zu diesem Anlass eine Gedenktafel enthüllt.

Am 28. September 2016 wird unsere Ausstellung „Verfahren. ‚Wiedergutmachung‘ im geteilten Berlin“ im Foyer des Berliner Landgericht/Amtsgericht Mitte in der Littenstraße eröffnet und dort bis zum 18. November zu sehen sein. Über ein Begleitprogramm zur Ausstellung werden wir noch rechtzeitig informieren.

Last but not least schon jetzt der Hinweis auf die Eröffnung zweier neuer Ausstellungen: Ab 13. Oktober zeigt das Kulturamt Steglitz-Zehlendorf in Kooperation mit uns die Ausstellung „Abgesägt“ über die im Bezirk



Gedenktafel für Gilberto Bosques an der Volkshochschule Friedrichshain-Kreuzberg

verfolgten Kommunalpolitikerinnen und -politiker, und ab dem 14. November wird eine Ausstellung der Koordinierungsstelle Stolperstein Berlin in der Stiftung Topographie des Terrors zu sehen sein.

Es gibt also auch in der zweiten Jahreshälfte viel zu tun und zu sehen, deshalb wünsche ich allen Leserinnen und Lesern zuvor eine entspannte und erholsame Sommerpause.

Christine Fischer-Defoy, Vorsitzende

GEDÄCHTNISARBEIT ZUR NS-VERGANGENHEIT ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHES PROJEKT

Eine geschichtskulturelle Spurensuche

Die bundesrepublikanische Gedächtnisarbeit zur NS-Vergangenheit hat eine Entwicklung hinter sich, die der Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Detlef Garbe einmal als Weg „[v]on der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur“¹ beschrieben hat. Nach einer langen Phase der Musealisierung, Institutionalisierung, Professionalisierung und repräsentativen Einbindung steht sie heute stabiler da als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik.

Zugleich hat sich jedoch der gesellschaftspolitische Charakter dieses Projekts radikal gewandelt. Jahrzehntlang war das öffentliche Gedächtnis an die NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik ein Anliegen kritischer Minderheiten. Neben Wissen und Gedenken ging es dabei immer auch darum, auf die eine oder andere Weise Sand ins Getriebe einer postnationalsozialistischen Normalität zu streuen. Heute ist dieses Gedächtnis Staatsräson. Gemäß einem offiziellen ‚Erinnerungskonsens‘ gehört es wie selbstverständlich zum Kultur- und Bildungskanon und ist damit selbst zu einer postnationalsozialistischen Normalität geworden.

Wie lässt sich angesichts dessen das gegenwarts- und gesellschaftskritische Potenzial dieses Gedächtnisses bewahren und aktualisieren – und kann das überhaupt noch gelingen? So lautete die Fragestellung, die mir für einen Vortrag zum 33. Jahrestag der Gründung des Aktiven Museums aufgegeben wurde. Und wenn man das Sinnbild vom ‚Zivilisationsbruch‘ ernst nimmt, dann handelt es sich hier zweifellos um eine zentrale Frage. Denn dieses Sinnbild fordert ja kategorisch dazu auf, das Gedächtnis an die NS-Vergangenheit immer wieder aufs Neue zu einer Quelle gesellschaftlicher „Selbstbeunruhigung“² und damit zu

einem Ausgangspunkt für eine kritische Gegenwartsreflexion im Wissen um die Vergangenheit zu machen.

Wenn wir mit Blick auf dieses gesellschaftspolitische Projekt eine kritische Standortbestimmung vornehmen wollen, sollten wir zunächst einmal aufhören, uns dessen historische Entwicklung als Erfolgsgeschichte zu erzählen: Als Fortschrittsgeschichte vom bürgerschaftlichen Engagement zur staatlich institutionalisierten Gedenkkultur, vom demokratischen Reifungsprozess der bundesrepublikanischen Gesellschaft, vom erfolgreichen Lernen im Umgang mit der NS-Vergangenheit, von der ‚Verdrängung‘ zum ‚Erinnerungskonsens‘ usw. usf.

Eine Erfolgsgeschichte mit ‚Happy End‘?

Die Erfolgsgeschichte ist eine dominante Storyline im öffentlichen Diskurs zur bundesrepublikanischen ‚Vergangenheitsbewältigung‘, auf die zumal von Politiker*innen gerne zurückgegriffen wird. Aber auch prominente Stichwortegeber im Feld bedienen sich dieser Dramaturgie, wenn auch mit kritischen Zwischentönen.³ Für nicht wenige von ihnen korrespondiert sie mit der biographischen Erfahrung, etwas durchgesetzt zu haben, was angesichts einstiger gesellschaftlicher und politischer Widerstände zunächst kaum vorstellbar schien.

Eine solche Erfolgsgeschichte findet sich auch in einem 2012 erschienenen Büchlein mit dem Titel ‚Das Aktive Museum und die Topographie des Terrors‘, in dem die Geschichte des Vereins und seines beharrlichen Engagements für eine Auseinandersetzung mit der Täter*innengeschichte am Ort des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes erzählt wird. In ihrem Geleitwort würdigt Christine Fischer-Defoy als Gründungsmitglied und langjährige Vorsitzende des Vereins das 2010 eröffnete Dokumentationszentrum Topographie des Terrors gleich mehrfach als „Happy End“,⁴ und zwar auch mit Blick auf das eigene Engagement vor Ort.

Nun stellt die schlussendliche Realisierung eines Dokumentationszentrums nach 30 Jahren geschichtspolitischer Kämpfe sicherlich einen Erfolg auch aus Sicht des Aktiven Museums dar, das an diesen Kämpfen von

Beginn an beteiligt war. Jedoch hat sich der Verein dabei über viele Jahre für einen sehr anderen Institutionentyp eingesetzt als den in der Topographie des Terrors realisierten, nämlich für eine hierarchiefreie, transparente und maximal partizipativ verfasste Einrichtung mit flexiblem „Werkstattcharakter“,⁵ die sich nicht nur mit der NS-Geschichte des Ortes, sondern auch mit politischen Gegenwartsfragen beschäftigen sollte.

Diese ursprünglich andere Vision wird im Geleitwort auch gar nicht verschwiegen. Daher lässt sich hier gut beobachten, welcher ideelle Preis dafür zu entrichten ist, wenn man angesichts eines zumindest partiellen Scheiterns dennoch ein ‚Happy End‘ erzählen will: Die damaligen Aktivist*innen werden von der Autorin gleich zu Beginn des Textes zwar durchaus liebevoll, aber doch etwas abschätzig als „linke Schmuttelkinder“⁶ gelabelt, die sich etwas „erträumt“⁷ hätten, was aus nicht näher bestimmten Gründen nicht realisierbar war.

Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich sind solche Kämpfe immer auch mit Kompromissen verbunden, und die Freude der Autorin über das dennoch Erreichte ist absolut nachvollziehbar. Auch geht es mir nicht um eine Kritik der heutigen Topographie des Terrors, über die hier nicht mehr und nicht weniger gesagt werden sollte, als dass sie eben nicht das einst anvisierte Aktive Museum ist. Ich habe dieses Textbeispiel deswegen ausgewählt, weil es mir typisch dafür scheint, wie der Weg von der Gedenkstättenbewegung zur heutigen Gedenkstättenlandschaft von vielen Akteur*innen rückblickend erzählt wird: Die ‚bewegte Vergangenheit‘ mitsamt der einst gehegten Utopien werden dabei oft als kindlich-naiv dargestellt, mit der Implikation, dass man diesen Kinderschuhen zwischenzeitlich entwachsen sei.

Aber solche Geschichten vom Erwachsenwerden sind nur eine weitere Variante der besagten Fortschrittserzählung, und noch dazu eine, die Alternativlosigkeit suggeriert: Erwachsen muss schließlich jede*r einmal werden. Wer aber qua Gedächtnisarbeit zur NS-Vergangenheit eine kritische Reflexion von Geschichte und Gegenwart befördern will, sollte auch

einen entsprechenden Umgang mit Geschichte und Gegenwart des eigenen Projekts pflegen. Das Genre der Erfolgsgeschichte ist dafür denkbar ungeeignet. Denn Erfolgsgeschichten zeichnen sich dadurch aus, dass sie komplexe und in sich widersprüchliche Entwicklungen von einem ‚glücklichen Ende‘ her teleologisch beschreiben. Das, was unterwegs verloren gegangen sein mag oder uneingelöst geblieben ist, findet darin keinen adäquaten Platz mehr, und das vermeintliche ‚Ende der Geschichte‘ täuscht darüber hinweg, dass die Zukunft ungewiss bleibt.



Aktion „Nachgegraben“ am 5. Mai 1985 auf dem Gestapo-Gelände

Wenn wir eine kritische Standortbestimmung der Gedächtnisarbeit zur NS-Vergangenheit vornehmen wollen, müssen wir die Erfolgsgeschichte ‚vom bürgerschaftlichen Engagement zur staatlich institutionalisierten Gedenkstättenlandschaft‘ gegen den Strich bürsten.⁸ Und zwar nicht, um tatsächliche Erfolge und gesellschaftliche Lernprozesse kleinzureden, sondern um die eingangs beschriebene Ambivalenz des Status Quo besser fassen und darüber hinausdenken zu können. Denn wir stehen nicht, wie die Erfolgsgeschichte suggeriert, am ‚Ende der Geschichte‘, sondern irgendwo mittendrin, und von hier aus gilt es, eine Zukunft zu gestalten.

Und vielleicht liegen manche Zukunftspotenziale ja gerade auch in dem, was sich an geschichtskulturellen und gesellschaftspolitischen Anliegen früher Gedenk-

stätteninitiativen nicht oder nur bedingt durchsetzen konnte? Da der Anlass meines Vortrags ja ein Gründungsjubiläum des Aktiven Museums ist, möchte ich dieser Frage im Folgenden einmal nachgehen.

Das Spiel um die geschichtskulturellen Spielregeln

Dabei scheint mir zunächst einmal von zentraler Bedeutung, dass es den damaligen Gedächtnisaktivist*innen nicht nur um eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und deren Repräsentation im öffentlichen Raum zu tun war. Im Horizont der ‚neuen Geschichtsbewegung‘ der späten 1970er- und 1980er-Jahre engagierten sie sich auch für eine alternative Geschichtskultur: Gesellschaftliche Prozesse historischer Sinnbildung sollten konsequent demokratisiert und politisiert werden. Geschichte sollte nicht nur von Deutungseliten geschrieben und vermittelt, sondern „in einem gemeinsamen Arbeits- und Lernprozess von vielen“⁹ angeeignet werden. Die Beteiligten sollten sich als historisch involvierte und handlungsmächtige Subjekte verstehen lernen, die im doppelten Wortsinn ‚Geschichte machen‘ konnten. Die gemeinsame Arbeit wurde als „politische Aktion“ begriffen, die sich „explizit auf Konflikte und Problemstellungen“ in der Gegenwart bezog.¹⁰

Forschungsergebnisse wurden auf vielfältige Weise in die Öffentlichkeit getragen. Dabei sollten nicht nur Themen und Narrative gesetzt werden, die aus Sicht der Aktivist*innen in der ‚herrschenden‘ Geschichtskultur dethematisiert wurden. Sondern man wollte auch „grundsätzliche Debatten über historische Traditionen“ und ein „Nachdenken über die Funktion von Geschichte im öffentlichen Raum“ provozieren.¹¹ Jenseits des thematischen Agendasettings sollte also immer auch der konstruktive und politische Charakter historischen Forschens und Erzählens transparent gemacht und dazu aufgerufen werden, sich daran zu beteiligen.

Von dieser Programmatik war auch die aktivistische Umdeutung der bundesrepublikanischen Alltagswelt in einen postnationalsozialistischen Raum inspiriert, in der die heutige Gedenkstättenlandschaft im Wesentlichen gründet. Unter dem Motto einer ‚Spurensuche‘ und

‚Spurensicherung‘ erkundeten und kennzeichneten Aktivist*innen damals eine Vielzahl nationalsozialistischer Tat- und Leidensorte, deren bisherige Missachtung sie zugleich als ein Zeugnis dafür ins Feld führten, dass „[d]ie radikale Überwindung des Faschismus [...] in der Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht eingelöst“ sei.¹² In Ausstellungen und Publikationen, in Denkmal- und Gedenkstättenprojekten, im Rahmen von Stadtrundgängen und Workcamps wurden lokale NS-Vergangenheiten historisch konkretisiert und öffentlich gemacht, wobei immer auch die Frage nach strukturellen und mentalen Kontinuitäten gestellt wurde.

Wie Detlef Garbe als damaliger Protagonist der Gedenkstättenbewegung betonte, ging es dabei auch um „politische Lernprozesse“ in der Gegenwart: „Die Spurensuche wird [...] häufig selbst Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung. Der Versuch der historischen Aufarbeitung führt fast zwangsläufig zu Gegenwartsfragen, zum Beispiel wie man mit der Erinnerung an diejenigen umgeht, die in den Lagern ermordet wurden, warum der Aufhellung der eigenen Vergangenheit ‚vor Ort‘ ausgewichen wird, wie man verhindern kann, dass sich ähnliches wiederholt.“¹³ Die eigene Praxis wurde dabei als „eine Form demokratischen Lernens“ begriffen: „Die Beteiligten machen selbst ihre Erfahrungen und gewinnen eigene Einsichten. [...] Die in Schule und Gesellschaft vermittelte Geschichtsschreibung ‚von oben‘ wird durch eine selbst erarbeitete Geschichte ‚von unten‘ ergänzt und zum Teil auch korrigiert.“¹⁴



Aktion auf dem Gestapo-Gelände, 1. September 1989



Symbolische Grundsteinlegung für ein Aktives Museum auf dem Gestapo-Gelände, 1. September 1989

Am weitesten ausbuchstabiert wurde dieser Ansatz wohl in den Konzepten für das Aktive Museum, das auf dem Gelände des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes in West-Berlin entstehen sollte.¹⁵ Hier wird auch der emanzipatorische Impetus des damaligen Aktivismus besonders deutlich, der sich eben nicht nur in den bearbeiteten Themen und Fragestellungen, sondern auch in der geschichtskulturellen Praxis niederschlagen sollte. Die Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen „Herrschaftsstrukturen und Herrschaftsmechanismen“, erinnert sich Christine Fischer-Defoy an die damalige Argumentation, dürfe nicht im Rahmen einer „hierarchisch organisierte[n] Organisation“ stattfinden. Das Aktive Museum sollte daher „etwas sein, das ganz basisdemokratisch und von unten funktioniert. In der eigenen Selbstverwaltung und dem eigenen Denken sollte diesem Herrschaftsdenken etwas entgegengesetzt werden.“¹⁶

Wie die Konzepte der ‚neuen Geschichtsbewegung‘ im Allgemeinen, so zeichneten sich auch die des Aktiven Museums durch eine bemerkenswerte Konfliktfreudigkeit aus. Sie sind von einer Vision demokratischen Lernens geprägt, die nicht so sehr auf die Vermittlung eines bestimmten Wissens oder bestimmter Haltungen ausgerichtet ist, sondern vor allem darauf, die Beteiligten in demokratische Aushandlungsprozesse zu involvieren: „Nicht Konsensbildung durch Verwischung unterschiedlicher Positionen, sondern provozierende Denkanstöße durch die Darstellung von Widersprüchen und Gegensätzen betrachten wir als Voraussetzung zur Entwicklung einer demokratischen Kultur und eines demokratischen Bewusstseins.“¹⁷

Die im Museum klassischerweise getrennten Bereiche der Wissensproduktion und -rezeption sollten im Aktiven Museum vereint, Besucher*innen nach

Möglichkeit zu Mitarbeiter*innen werden, die dann alle Bereiche des Museums gleichberechtigt mitgestalten können sollten. Mit der Museumstheoretikerin Nora Sternfeld gesprochen sollte hier kontinuierlich um die geschichtskulturellen Spielregeln gespielt werden können: „Partizipation ist [...] nicht das bloße Mitspielen, sondern die Öffnung für die Frage nach den Spielregeln selbst: nach den Bedingungen, unter denen Bildung, Öffentlichkeit und Repräsentation in Institutionen stattfindet.“¹⁸

Irritationspotenziale und deren Einhegung

Die Markierung historischer Tat- und Leidensorte und deren Umfunktionierung zu Lernorten und Orten der gesellschaftspolitischen Debatte erwies sich als äußerst wirkmächtige geschichtskulturelle Strategie. Ein kritisches Gedächtnis an die NS-Vergangenheit und ihre Nachgeschichte war buchstäblich objektiviert und als unhintergebar historischer ‚Bruch‘ in den öffentlichen Raum gestellt worden. Entsprechend intensiviert sich fortan die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, aber auch über den ‚richtigen‘ Umgang mit dieser Vergangenheit, wobei immer auch über deren Implikationen für die bundesrepublikanische Gegenwart, konfligierende Geschichtsbilder und Identitätskonzepte verhandelt wurde.

Im Zuge des deutschen ‚nation building‘ nach 1990 taten Politiker*innen und Deutungseliten sich jedoch offensichtlich schwer, diesen ‚Bruch‘ und die daraus resultierenden geschichts- und gesellschaftspolitischen Konflikte gleichsam ‚offen‘ im Raum stehen zu lassen. Auf ihrer nun viel beschworenen ‚Rückkehr in die Geschichte‘ des deutschen Nationalstaats musste eine ‚Berliner Republik‘ sich gegen dessen historische Negative abgrenzen. Während in einer breiteren Öffentlichkeit weiterhin lebhaft über die ‚richtige‘ Lesart der deutschen Geschichte und dabei insbesondere über den Umgang mit der NS-Vergangenheit debattiert wurde, entspann sich auf staatlicher Ebene ein für die Bundesrepublik völlig neuartiger gedächtnispolitischer Ordnungs- und Regulierungsdiskurs, den der Historiker Norbert Frei

zurecht als einen „Rückschritt [...] von der Idee eines kritischen, gesellschaftlich-diskursiven [...] zu einem normativen, staatlich verankerten Geschichtsverständnis“ charakterisiert hat.¹⁹

Den Beginn machten dabei zwei mit Politiker*innen und Expert*innen besetzte Enquetekommissionen des Bundestages, die „Beiträge zur politisch-historischen Analyse und zur moralischen Bewertung“²⁰ des untergegangenen SED-Regimes leisten sollten. Die zweite Kommission wurde zudem damit beauftragt, über „[g]esamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden Diktaturen und ihre Opfer“ zu beraten und Vorschläge für eine staatliche Gedenkstättenkonzeption zu machen.²¹ Das Gedächtnis an die NS-Vergangenheit wurde dabei symbolisch aufgewertet, allerdings um den Preis, dass es seines Irritationspotenzials für die Gegenwart narrativ entledigt wurde.

Zusammen mit Gedenkstätten zum SBZ-/DDR-Unrecht wurden NS-Gedenkstätten in eine nationale Meistererzählung integriert, mit der sich die ‚Berliner Republik‘ ex negativo legitimierte. Im Schlussbericht der zweiten Enquetekommission wurde „[d]ie Bedeutung von Erinnerung und Gedenken für das nationale und demokratische Selbstverständnis“ 1998 wie folgt definiert: „Am Ende des 20. Jahrhunderts müssen die Deutschen mit der Erinnerung an zwei deutsche Diktaturen leben. Die Notwendigkeit von Aufarbeitung und Erinnerung an die beiden Diktaturen, die die Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat verbunden hat, schärft das Bewusstsein für den Wert von Freiheit, Recht und Demokratie. Dies, wie die notwendige Aufklärung über die Geschichte der beiden Diktaturen, ist der Kern des antitotalitären Konsenses und der demokratischen Erinnerungskultur der Deutschen.“²²

Die ‚beiden deutschen Diktaturen‘ werden in diesem Narrativ als Antithese zu einer bundesrepublikanischen Gegenwart dargestellt, in der die ‚richtigen‘ Lehren aus der Geschichte immer schon gezogen sind. Der historische ‚Bruch‘ der NS-Vergangenheit wird damit effektiv eingehegt, indem er als Ausgangspunkt für eine demokratische Läuterungsgeschichte fun-

giert, derer man sich im negativen Gedenken gleichsam immer wieder aufs Neue versichern kann. Mit Inkrafttreten der ersten Gedenkstättenkonzeption des Bundes und der Bundestagsentscheidung für den Bau eines umstrittenen Holocaust-Mahnmals inmitten des politischen Zentrums der neuen Hauptstadt 1999 ist das Gedächtnis an die NS-Vergangenheit Teil einer präskriptiven Gedächtnis- und Identitätspolitik ‚von oben‘ geworden, die naturgemäß nicht auf kontinuierliche ‚Selbstbeunruhigung‘, sondern auf nationale Selbstvergewisserung zielt.²³

Insbesondere die staatlich geförderten NS-Gedenkstätten haben seit den 1990er-Jahren einen intensiven Institutionalisierungs-, Musealisierung-, Verwissenschaftlichungs- und Professionalisierungsprozess durchlaufen. Wie bei solchen Abläufen üblich, wurden dabei von einem überschaubaren Kreis an Expert*innen spezifische Standards entwickelt, wie mit historischen Tat- und Leidensorten politisch, historiografisch, ästhetisch und pädagogisch ‚richtig‘ umzugehen sei. Diese Verhandlungen waren zweifellos produktiv, insofern sie zu einem enormen Zuwachs an Wissen und gedächtniskultureller Reflexivität geführt haben. Allerdings haben sie für die Gedächtnisarbeits zur NS-Vergangenheit seither auch eine normierende Wirkung entfaltet.

Mit Herausbildung dieser Expert*innenkultur sind Außenstehende zunehmend zu ‚Laien‘ geworden, während sich der Insiderdiskurs mehr und mehr verselbständigt hat: „Wer in einem Café über Erinnerungskultur oder Gedenkstättenangelegenheiten spricht, mag sich fragen, wie wenige der Anwesenden einen solchen Diskurs überhaupt nachvollziehen können oder wissen, wovon die Rede ist“, so veranschaulicht der ehemalige Leiter der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten Habbo Knoch diesen Umstand durchaus treffend. NS-Gedenkstätten seien „hermetische und hegemoniale Orte“ geworden, die von einem „historische[n] Mastermind aus Fachwissenschaftlern, Fachkommissionen und Fachjournalisten“ reguliert würden und von daher in Gefahr seien, „den Kontakt zur Gesellschaft zu verlieren.“²⁴

Für einen neuen Anfängergeist

Ausgehend von den Utopien der einstigen Geschichts- und Gedenkstättenaktivist*innen trägt diese Schilderung geradezu dystopische Züge. Man muss es sicher nicht ganz so schwarz sehen. Nicht jede Gedenkstätte funktioniert auf gleiche Weise, und zumal im Rahmen der pädagogischen Arbeit existieren doch größere Spielräume, als Knoch hier in polemischer Überspitzung suggeriert. Und natürlich lässt sich durchaus auch eine Erfolgsgeschichte erzählen. Die NS-Vergangenheit und ihre Nachgeschichte sind im Gefolge des einstigen Aktivismus intensiv thematisiert und konkretisiert worden. Ihre Vermittlung ist heute gesellschaftlich gewollt (oder wird zumindest kaum mehr hinterfragt) und wird staatlich gefördert. Es ist gelungen, das Gedächtnis an die NS-Verbrechen und ihre Opfer nachhaltig im öffentlichen Raum zu verankern und historische Tat- und Leidensorte in viel besuchte Gedenk- und Lernorte zu verwandeln, was ja nicht zuletzt auch vielen Überlebenden ein großes Anliegen gewesen ist.

Aber in geschichtskultureller Hinsicht gibt es eben auch eine Verlustgeschichte zu erzählen: von Widerspenstigkeit, Partizipativität und Kontroversität, von Lebendigkeit und gesellschaftspolitischer Relevanz. Zumal die Gedenkstättenarbeit zur NS-Vergangenheit, so wird in aktuellen Standortbestimmungen konstatiert, sich von Gegenwarts- und Zukunftsfragen weitgehend abgekoppelt und auf diese Weise einen Gutteil ihres gegenwarts- und gesellschaftskritischen Potenzials aufgegeben habe.²⁵ Auch geschichtspolitische Grundsatzdebatten werden nicht mehr geführt, obwohl es keineswegs an Diskussionsstoff mangelt. Im Rahmen eines zunehmend „zentral dirigierte[n] Gedenkwesens“,²⁶ in dem historische Deutungsmacht über die Verteilung von Fördergeldern an verschiedene Themenbereiche ausgeübt wird, wird vor allem um die finanzielle Ausstattung der eigenen Institutionen gestritten, nicht aber ‚ums Ganze‘.

Wie lässt sich das gegenwarts- und gesellschaftskritische Potenzial der Gedächtnisarbeits zur NS-Vergangenheit bewahren und aktualisieren – und kann

das überhaupt noch gelingen? Auf diese Frage gibt es keine einfache Antwort. Zunächst einmal bleibt die Erweiterung und öffentliche Bereitstellung historischen Wissens zweifellos eine zentrale Aufgabe, denn ohne ein solches Wissen lässt es sich in der Gegenwart weder historisch reflektiert denken noch politisch handeln. Insofern ist die Vermittlung von Wissen und von Kompetenzen, sich Wissen auch eigenständig zu erarbeiten, an sich schon von hoher gesellschaftspolitischer Relevanz.

Um aber einen gesellschaftspolitisch weitgehend still gestellten Gedächtnisdiskurs zur NS-Vergangenheit wieder aufzubrechen, müsste auch heute wieder um die geschichtskulturellen Spielregeln gespielt werden, und zwar auf eine sehr grundsätzliche Weise. Bestehende Deutungs- und Definitionsmachtverhältnisse müssten öffentlich hinterfragt und zur Debatte gestellt werden; und es müssten allerhand Strategien entwickelt werden, um produktive Unruhe, Unordnung, Kontroversität und Vielstimmigkeit in eine allzu aufgeräumte Geschichtskultur, ihre Institutionen und Expert*innendiskurse zu bringen. Das hieße nicht zuletzt, möglichst viele Menschen zu motivieren, an dieser Geschichtskultur gestaltend mitzuwirken, und ihnen wieder bewusst zu machen, dass es auch ihre Geschichte und Gegenwart ist, die hier verhandelt wird.

Wie das im einzelnen aussehen könnte, bleibt zu diskutieren und vor allem praktisch zu erproben. Dabei lohnt der Blick zurück in die ‚bewegten Zeiten‘ und eine Auseinandersetzung mit den damaligen Utopien. Dort lässt sich keine Spielanleitung für die Gegenwart finden, aber sicherlich so manche Inspiration. Und vor allem kann hier ein ebenso engagierter wie konfliktfreudiger Anfängergeist bestaunt werden, den es für die Zukunft wieder zu gewinnen gilt.

Cornelia Siebeck

Cornelia Siebeck, Historikerin, forscht und schreibt zu Geschichtspolitik und Gedächtniskultur, insbesondere zur Repräsentation von Vergangenheit im öffentlichen Raum. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Geschichte und Gegenwart bundesrepublikanischer NS-Gedenkstätten.

1) Detlef Garbe: Von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur. Tendenzen der Gedenkstättenentwicklung, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hg.): „Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?“ Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten, Essen 2005, S. 59-84.

2) Volkhard Knigge: Abschied von der Erinnerung. Zum notwendigen Wandel der Arbeit der KZ-Gedenkstätten in Deutschland, in: Gedenkstättenrundbrief 100 (2001), S. 136-143, hier S. 143.

3) Vgl. z.B. Garbe: Von der Peripherie in das Zentrum (wie Anm. 1); Ders.: Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Eine Erfolgsgeschichte im Gegenwind, in: Ders.: Neuen-gamme im System der Konzentrationslager. Studien zur Ereignis- und Rezeptionsgeschichte, Berlin 2015, S. 475-496.

4) Christine Fischer-Defoy: Zum Geleit. Das Aktive Museum, das „Gestapo-Gelände“ und die „Topographie des Terrors“ – Eine Beziehungsgeschichte, in: Matthias Haß: Das Aktive Museum und die Topographie des Terrors, Berlin 2012, S. 11-21, hier S. 11, 12, 20.

5) Gerhard Schoenberger: Zur Sache, in: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.: Beiträge zur Konzeption. Berlin 1984, S. 7-12, hier S. 12; vgl. auch Christine Fischer-Defoy: Zur Praxis, in: Ebd., S. 22-25.

6) Dies.: Zum Geleit (wie Anm. 4), S. 11.

7) Ebd., S. 15.

8) Das habe ich andernorts zumindest ansatzweise versucht, vgl. Cornelia Siebeck: 50 Jahre „arbeitende“ NS-Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Vom gegenkulturellen Projekt zur staatlichen Gedenkstättenkonzeption – und wie weiter?, in: Elke Gryglewski u.a. (Hg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin 2015; S. 19-43; Dies.: „... und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“. Postnationalsozialistische Identitäts- und Gedenkstättendiskurse in der Bundesrepublik vor und nach 1990, in: Gedenkstätten und Geschichtspolitik. Beiträge zur nationalsozialistischen

Verfolgung in Norddeutschland 16 (2015), S. 29-41. Vieles, was im Folgenden nur angerissen werden kann, wird hier ausführlicher dargestellt.

9) Hannes Heer/Volker Ullrich: Die „neue Geschichtsbewegung“ in der Bundesrepublik. Antriebskräfte, Selbstverständnis, Perspektiven, in: Dies. (Hg.): Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung, Reinbek 1985, S. 9-36, hier S. 21.

10) Thomas Lindenberger/Michael Wildt: Radikale Pluralität. Geschichtswerkstätten als praktische Wissenschaftskritik, in: Archiv für Sozialgeschichte 29 (1989), S. 393-411.

11) Ebd., S. 400.

12) Detlef Garbe: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik, Bornheim-Merten 1983, S. 23-35, hier S. 31.

13) Ebd., S. 27.

14) Ebd., S. 28.

15) Vgl. Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.: Beiträge zur Konzeption (wie Anm. 5); Andreas Ludwig: Wie kann ein „Aktives Museum“ aufgebaut werden? in: Geschichtsdidaktik 9,3 (1984), S. 231-236; Stefanie Endlich: Denkort Gestapogelände, Berlin 1990, hier S. 92-95; Leonie Baumann: Vom Denkmal zum Denkort. Zur Idee eines Aktiven Museums. Gutachten zur Konzeption eines Aktiven Museums, in: Akademie der Künste (Hg.): Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände. Berlin 1988, S. 6.

16) Zit. nach Nicole Warmbold: Mit dem Blick zurück nach vorn. Eine Interview-Collage zum 25. Geburtstag des Aktiven Museums, in: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.: 25 Jahre Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin. Das Jubiläumsheft. Mitgliederrundbrief 59 (2008), S. 10-36, S. 12.

17) Schoenberner: Zur Sache (wie Anm. 5), S. 12.

18) Nora Sternfeld: Um die Spielregeln spielen! Partizipati-

on im postrepräsentativen Museum, in: Susanne Gesser u.a. (Hg.): Das partizipative Museum. Zwischen Teilhabe und User Generated Content. Neue Anforderungen an kulturhistorische Ausstellungen, Bielefeld 2012, S. 119-131, hier S. 122.

19) Norbert Frei: 1989 und wir? Eine Vergangenheit zwischen „Erinnerungskultur“ und Geschichtsbewusstsein, in: Ders.: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, erw. Taschenbuchausgabe München 2009, S. 7-21, hier S. 19.

20) Deutscher Bundestag: Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Drucksache 12/7820, 31.5.1994, S. 8.

21) Gesamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihre Opfer, in: Deutscher Bundestag: Schlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Drucksache 13/11000, 10.6.1998, S. 226-255, hier S. 227.

22) Ebd.

23) Für einige aktuelle geschichtskulturelle Beobachtungen vgl. Cornelia Siebeck: NS-Vergangenheit und nationale Selbstvergewisserung. Geschichtskulturelle Beobachtungen aus den Gedenkjahren 2014/15, in: Erinnern und Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges. LaG-Magazin 7 (2015), S. 11-15.

24) Habbo Knoch: Wohin, Gedenkstätten? Ein Plädoyer für mehr Selbstkritik und Mitgestaltung, in: Gedenkstättenrundbrief 178 (2015), unpag. online-Version <http://www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaetten-rundbrief/rundbrief/news/wohin_gedenkstaetten/>, zuletzt aufgerufen am 11. 7.2016.

25) Vgl. Ebd.; Harald Schmid: Mehr Gegenwart in die Gedenkstätten! Erinnerungsorte in Zeiten des Memory-Drains und der Entpolitisierung, in: Gedenkstättenrundbrief 177 (2015), S. 11-16.

26) Frei: 1989 und wir? (wie Anm. 19), S. 19.

REDE ZUR STOLPERSTEINVERLEGUNG FÜR ALS „ASOZIAL“ STIGMATISIERTE NS-OPFER AM 21. APRIL 2016

Die Verfolgung von Menschen, die als „asozial“ oder „arbeits-scheu“ stigmatisiert wurden, begann nicht erst im Nationalsozialismus. Der Satz, dass, wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll, findet sich schon in den Briefen des Apostel Paulus an die frühchristlichen Gemeinden. Ora et labora, Bete und arbeite heißt die Grundregel des Benediktiner-Ordens, und auch auf protestantischer Seite ist das Arbeitsethos hoch gehalten worden.

Vor allem, als der Kapitalismus in die europäischen Gesellschaften Einzug hielt, gewann mehr und mehr die Vorstellung an Überzeugungskraft, dass arme Menschen deshalb arm seien, weil sie nicht arbeiten wollten. Prompt fing die Obrigkeit an, Arbeitshäuser zu bauen, in denen Menschen festgehalten und zur Arbeit gezwungen wurden, um sie – in der Perspektive der Herrschenden – zu bessern, durch Arbeit zur Arbeit zu erziehen und der Gesellschaft als willige Arbeitskräfte zurückzugeben.

In diesem Sinn wurde die „soziale Frage“ im 19. Jahrhundert häufig thematisiert: Menschen, die in der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft keiner Lohnarbeit nachgingen, arm waren, betteln mussten, galten als „Asoziale“, die zur Arbeit gezwungen werden müssten. Auch der Wohlfahrtsstaat orientierte sich an dem Satz: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Denn die Fürsorgemaßnahmen richteten sich nach der Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit. Nur wer seine Bereitschaft deutlich machen konnte, selbst gering entlohnte, der eigenen Qualifikation nicht entsprechende Arbeit zu übernehmen, durfte Anspruch auf Wohlfahrtsmaßnahmen erheben.

Zugleich differenzierte die Eugenik, die angebliche Wissenschaft von der Vererbung, zwischen vollwertigen, weil arbeitsfähigen Menschen und minderwertigen,

„arbeits-scheuen“, kranken, behinderten Menschen. Die Auffassung, dass nur arbeitsfähige Menschen, die der Gesellschaft Nutzen brächten, vollwertig seien, war im 20. Jahrhundert Allgemeingut und wurde durch die Eugenik zudem biologistisch untermauert.

Die Nationalsozialisten verschärften diese Perspektive und begründeten ihre Ausgrenzungspolitik gegenüber „Asozialen“ ausdrücklich rassistisch. Bereits im April 1933 fand auf Initiative von Joseph Goebbels in Berlin und anderen Großstädten des Deutschen Reiches eine Polizeirazzia gegen sogenannte „Bettler“ statt. Im September desselben Jahres erfolgte eine reichsweit angelegte „Bettlerazzia“, die in den Zeitungen und auch im Rundfunk medial unterstützt wurde und in deren Folge mehrere Tausend Menschen kurzzeitig verhaftet und interniert wurden. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, wie es damals hieß, vom 14. Juli 1933 bedeutete die Zwangssterilisation für Hunderttausende von Menschen, darunter zahlreiche, die als „asozial“ stigmatisiert wurden.

Wohlfahrtsämter begannen, sogenannte „Arbeits-scheue“ in Konzentrationslagern zu internieren, das KZ Dachau wurde 1934 auch als Arbeitshaus im Sinne des Paragraphen 20 der Reichsfürsorgeverordnung von 1924 definiert, so dass „Arbeits-scheue“ regulär in ein Konzentrationslager verschleppt werden konnten. Zugleich wurden die Fürsorgemaßnahmen für Arbeitslose verschärft, an die Annahme von öffentlichen Arbeiten oder an entlegenen Arbeitsplätzen gekoppelt. Ansonsten drohte die Kürzung oder gar Streichung von Fürsorgeleistungen bzw. die Einweisung in Arbeitshäuser, hier in Berlin vor allem in das Arbeitshaus Rummelsburg, zu dem Thomas Irmer gleich sprechen wird.

Zu den Olympischen Sommerspielen 1936 in Berlin wurden die „Bettler“ ausdrücklich von der Straße verhaftet und weggesperrt, um den ausländischen Besucherinnen und Besuchern ein „bettlerfreies“ Bild Berlins zu präsentieren. 1936 stellt zudem eine wichtige Zäsur dar, da in diesem Jahr Heinrich Himmler Chef der deutschen Polizei wurde und damit Antisemitismus und Rassismus zur Leitlinie polizeilichen Handelns



wurden. „Asozialität“ galt nun nicht mehr allein als individuelles Fehlverhalten, sondern als erbbedingt. Konsequenterweise begann die Polizei, sogenannte „Asoziale“ namentlich in Listen zu erfassen – selbstverständlich in guter Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern. Im April 1938 verhaftete die Gestapo in einer ersten Aktion mehrere Tausend Männer, die in die Konzentrationslager verschleppt wurden. Im KZ Sachsenhausen waren beispielsweise über 9.000 Häftlinge interniert, davon mehr als 6.000 sogenannte „Asoziale“.

Im Juni 1938 fand dann die große Aktion „Arbeits-scheu Reich“ statt, bei der die Kriminalpolizei nach festen Quoten über 10.000 Menschen verhaftete, nahezu ausschließlich Männer, und in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppte. Diese Häftlinge waren vor allem dazu bestimmt, die drei großen, neu entstandenen bzw. erweiterten Konzentrationslager aufzubauen. In späteren Jahren wurden auch Frauen mit dem Stigma „Asozialität“ verfolgt und interniert, darunter viele Prostituierte, aber auch lesbische Frauen, die als sozial deviant galten.

„Asoziale“ waren Menschen wie Karl Otto Mielke, der in den 1930er-Jahren seine feste Arbeit verlor. Das Arbeitsamt vermittelte ihn schließlich an die Trabrennbahn in Spandau. Dort erschien er offenbar nicht regelmäßig zur Arbeit, das Unternehmen entließ ihn wegen „Arbeitsunlust“ und meldete ihn beim Arbeitsamt. Die Gestapo verhaftete ihn, das Gericht

Charlottenburg verurteilte ihn zu zwei Monaten Haft; die Kriminalpolizei nahm ihn in „Vorbeugungshaft“ und verschleppte ihn ins KZ Sachsenhausen, wo er als „Asozialer“ eingestuft wurde. Am 24. Januar 1940 starb Karl Otto Mielke dort im Konzentrationslager. Als Todesursache gab die SS „Körperschwäche“ an.

Oder Paul Kobelt, geboren 1892, der eine Lehre zum Maschinengehilfen absolvierte, als Soldat im Ersten Weltkrieg verwundet wurde, sich danach in Berlin mit Kleinkriminalität durchschlug: Diebstahl, Hehlerei, Unterschlagung. Haftstrafen, Zwangseinweisungen ins Arbeitshaus Rummelsburg sammelten sich an, schließlich nahm ihn die Kriminalpolizei in „Vorbeugehaft“ und brachte ihn im Februar 1942 ins KZ Sachsenhausen. Paul Kobelt kam in das Außenlager Klinkerwerk, das unter den Häftlingen wegen der brutalen Bedingungen das „Todeslager“ genannt wurde. Ein Monat nach seiner Einweisung nahm sich Paul Kobelt das Leben.

Die Verfolgung von Menschen, die als „Asoziale“ stigmatisiert wurden, ist in der Bundesrepublik Deutschland wie in der DDR über etliche Jahrzehnte nicht wahrgenommen worden. Erst jetzt erfährt diese Opfergruppe gesellschaftliche Anerkennung. Darum ist diese Stolpersteinverlegung heute in Berlin eine besondere; sie ist die erste für Menschen, die im Nationalsozialismus als „asozial“ verfolgt wurden. Aber – das dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren – auch heute werden Menschen, die keine Arbeit und keine Wohnung haben und auf die Hilfe von vielen anderen Menschen und Institutionen angewiesen sind, als „asozial“ diffamiert und beleidigt. Darum gilt den Menschen, die vom NS-Regime als „Asoziale“ verfolgt wurden, unser Respekt – und unser Gedenken heute mit der Verlegung dieser Stolpersteine. Und all’ denen, die auch heute noch als „Asoziale“ diffamiert werden, gilt unsere Solidarität!

Michael Wildt

Prof. Dr. Michael Wildt lehrt seit 2009 Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seitdem ist er auch Mitglied des Aktiven Museums.

DIE ERSTEN ODF-DENKMÄLER BERLINS

Bei der Recherche zu den Gedenkorten Treptow-Köpenicks, die auf einen BVV-Beschluss vom 25. Februar 2010 (823/38/10) zurückgeht, stieß ich auf zwei auf den ersten Blick doch recht unscheinbare Steine, von denen Großes behauptet wurde. In Treptow-Köpenick sollte sich das erste Denkmal für die „Opfer des Faschismus“ in Berlin befinden. Ein Ortschronist beschrieb die Geschichte eines Odf-Denkmal in Adlershof, welches am 15. September 1945 eingeweiht wurde und hielt fest: „Das Mahnmal war das erste dieser Art in Berlin.“¹ Eine kleine Sensation, vor allem auch in Anbetracht der wechselvollen Geschichte des Denkmals. Doch hatte der Ortschronist gründlich genug recherchiert? In einem einschlägigen Nachschlagewerk zu den Gedenkstätten und -orten für die Opfer des Nationalsozialismus wurde doch erwähnt, dass das älteste Odf-Denkmal im Bezirk am Sterndamm aus dem Jahr 1949 stammt.² Sowohl Johannisthal als auch Adlershof sind Ortsteile des damaligen Bezirks Treptow.

Wo liegt also der Irrtum? 1949 ist das Jahr, das als Datum der Einweihung des Johannisthaler Denkmals kursiert. So spricht beispielsweise auch Dehio davon, dass für das Denkmal für die „Opfer des Faschismus“ am damaligen Sterndamm Ecke Heubergerweg ein ehemaliges Kriegerdenkmal, eine Sandsteinurne auf einem Sockel, 1949 umfunktioniert wurde.³ Doch eine Vorsilbe in der Denkmalpflegekartei vor 1989 für Johannisthal im Museum Treptow macht stutzig. Hier wird in einer Notiz zwar mit dem 10. September 1949 auch ein genauer Tag genannt, aber es ist der Tag der Wieder- nicht der Einweihung des Denkmals. Auch die BZ, so hielt die Kartei fest, berichtete am 15. März 1949 davon, dass das Denkmal Anfang Januar bereits mehrfach geschändet worden war. Ist das Johannisthaler Odf-Denkmal womöglich doch das erste Treptows, vielleicht sogar das erste Berlins?⁴

Werner-Seelenbinder-Kampfbahn

Im Jahr 2005 wurde eine Ausstellung durch die VVN-BdA sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Titel „Der zweite Sonntag im September. Gedenken und Erinnern an die Opfer des Faschismus – Zur Geschichte des Odf-Tages“ konzipiert.⁵ Die Ausstellung hilft nicht nur die Entstehungsgeschichte der Denkmäler historisch zu verorten, sondern wirft sogleich einen neuen Kandidaten für den Titel „Erstes Odf-Denkmal Berlins“ in die Runde: Nach Kriegsende 1945 näherten sich die Jahrestage der Ermordung Ernst Thälmanns, Rudolf Breitscheids sowie der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Der Berliner Hauptausschuss Opfer des Faschismus wandte sich daraufhin am 3. August 1945 an den Oberbürgermeister Arthur Werner mit dem Ziel, einen alljährlichen Gedenktag einzurichten: „Der Hauptausschuss Opfer des Faschismus empfiehlt, in dieser Zeit Gedenkfeiern für unsere toten Helden zu veranstalten. Sie sollen politisch demonstrieren: Die internationale Verbundenheit aller europäischen Opfer des Faschismus. Die kämpferische Solidarität und geschlossene Einheit aller antifaschistischen Kämpfer aus dem Lager und Zuchthaus, aller antifaschistischen Kräfte in den Parteien und Gewerkschaften für Wiederaufbau und Wiedergutmachung.“⁶ Unterzeichner war der Mitbegründer des Berliner Hauptausschusses Odf und dessen erster Vorsitzender, der Stadtrat für Sozialwesen Ottomar Geschke, der uns in dieser Geschichte wiederbegegnen wird. In Folge des Anschreibens rief der Berliner Magistrat am 9. September 1945 erstmals den „Tag der Opfer des Faschismus“ aus, der als „zweiter Sonntag im September“ Geschichte machte. Parteien, die jüdische Gemeinde, Kirchen und Gewerkschaften unterstützten das Anliegen, die „toten Helden des antifaschistischen Kampfes“ zu würdigen. Dreißig Demonstrationzüge liefen am genannten Tag in Richtung der Neuköllner Werner-Seelenbinder-Kampfbahn (seit 2004 erneut Werner-Seelenbinder-Sportpark). Der Fotograf Abraham Pisarek konnte in eindrucksvollen Aufnahmen festhalten, wie Zehntausende dicht gedrängt an der Gedenkfeier teilnahmen, den Toten ihre Ehrerbietung darbrachten, gleichzeitig aber auch mit viel Engagement in die Zukunft blickten. In der Mitte des Stadions war



Gedächtnisfeier für die „Opfer des Faschismus“, Werner-Seelenbinder-Kampfbahn Berlin-Neukölln, 9. September 1945

ein von dem Baustadtrat Hans Scharoun – heute u.a. bekannt durch seinen Bau der Berliner Philharmonie – entworfenes Ehrenmal gesetzt. Zentral in der Anlage ragten die Buchstaben KZ mit rotem Winkel in die Höhe. Versetzt fanden sich links und rechts jeweils sieben Fahnen der von den Deutschen angegriffenen Länder. Als Inschrift wählte Scharoun das Motto des Tages: „Die Toten mahnen die Lebenden“. Mit dem gemeinsamen Gesang „Brüder zur Sonne, zur Freiheit...“ klang der Gedenktag aus und begründete eine neue Tradition.

Süßer Grund

Nur wenige Tage später erklang das Lied auch in Adlershof bei der Eröffnung des Denkmals für die Opfer des Faschismus auf dem Süßen Grund (seit ca. 1948 Platz der Befreiung). Seit den 1930er-Jahren stand hier die Skulptur eines Mädchenkopfs, dessen zwei Meter hoher Steinsockel für das Mahnmal wiederverwendet werden

konnte. Es wurde durch den Kunstschmiedemeister Fritz Kühn gestaltet, der unter anderem auch Opferschalen und -stelen in Ravensbrück, Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau entwarf. Livia Käthe Wittmann, die damals sieben Jahre alte Tochter des ersten Adlershofer Bürgermeisters nach dem Krieg, erinnert sich als Zeitzeugin an die Einweihung des Denkmals und berichtet von dem Nieselregen an diesem Tag. Auch einen Programmzettel des Aktionsausschusses des Antifaschistischen Blocks Berlin-Adlershof zur Enthüllung des OdF-Denkmal konnte sie mit Hilfe des Ortschronisten Rudi Hinte ausfindig machen. Das Blatt hält den 15. September 1945 als Tag der Einweihung fest, obwohl bisher der 26. September 1945 für das Einweihungsdatum gehalten wurde. Dem Programmzettel lässt sich entnehmen, dass nach der Ansprache des Bürgermeisters Dr. Wittmann mit anschließender Kranzniederlegung der Volks-Chor Adlershof eine Gesangseinlage darbot. Ebenfalls im Programm eine Rezitation von Frau Leonhardt, sowie ein

100-101) Juli 1973 RatV


Bildende Kunst in Treptow

Gedenkstein entstanden

Merkmale: Sockel von Frauenkopf-Denkmal
(nach 1932 errichtet) (et. Verordnungsblatt 1932-36 Sept 23) (siehe 38. Beilage 1932)

Auto r: Fritz Kühn

Standort Bln. Adlershof
Platz der Befreiung
Plan vom Platz 27.5.1968 nicht ^{keinen Gedenk-} stein war.
Zustand: 6.1.1970 H. Dallmann
Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes
macht Abbau des Denkmals
erforderlich. Gedenkstein erhält
Dimitroff O.S. Florian Geyer Straße
als Sockel für Gedenkbrüste.
5. 9. 1969 H. Meier alter Gedenkstein inzwischen abgefahren
und bei der P.G.H. Steinmetzhütte eingelagert. Museumstr. Negativ 1973 erhalten

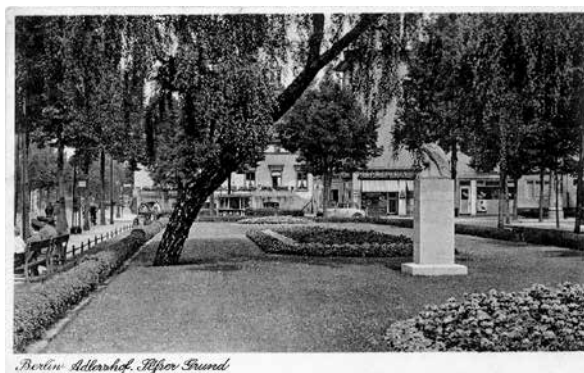


Karte zum Gedenkstein am Süßen Grund in Adlershof aus der Denkmalspflegkartei vor 1989 des Museums Treptow-Köpenick

Schlusswort des Genossen Engel. Abschließend wurde gemeinsam mit dem Publikum das schon erwähnte Arbeiterlied angestimmt.

Eine der Geschichten, die um das Odf-Denkmal Adlershof kreisen, besagt, dass es beinahe nicht errichtet worden wäre, da das Ortsbauamt auf Befehl der Kommandantur den Schmiedemeister Kühn am 23. August 1945 bat, die Arbeit einzustellen. Nach Planungen der Sowjets sollte eine zentrale Gedenkstätte errichtet werden. In der Tat hält das Werkverzeichnis Hans Scharouns im Baukunstarchiv der Akademie der Künste fest, dass Scharoun als Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen im Magistrat von Groß-Berlin bereits 1945 einen Entwurf für ein Ehrenmal der Roten Armee in Treptow vorgelegt hatte.⁷ Dies lässt sich als Hinweis lesen, dass auch bezüglich der Sowjetischen Ehrenmäler in Berlin bereits Planungen erfolgt waren.

Deren Einweihung fand jedoch grundsätzlich erst später statt: So ist für das Ehrenmal im Tiergarten der 11. November 1945 als Tag der Einweihung verzeichnet. Was das Gelände im Treptower Park betrifft, fanden Überlegungen für die Aufstellung eines Denkmals im



Postkarte des Denkmals am Süßen Grund vor der Umwidmung

kleineren Rahmen im Herbst 1945 statt. Ein erster, heute kaum bekannter Gedenkstein wurde daraufhin am 1. Mai 1946 auf Initiative leitender Genossen der KPD enthüllt. Der Befehl zur Errichtung der Ehrenmale in Treptow und Schönholz wurde im Oktober 1946 erteilt. Die Einweihung des Treptower Ehrenmals erfolgte am 8. Mai 1949, die in Schönholz am 7. November 1949.⁸

Sterndamm

In den Reigen der im September 1945 eingeweihten Denkmäler reiht sich auch das anfänglich genannte Odf-Denkmal in Johannisthal ein. Nachdem die Rote Armee Johannisthal erreicht hatte, ernannte der erste sowjetische Ortskommandant Georg Neumann auf Vorschlag der KPD zum Ortsbürgermeister. In einem Zeitungsartikel von 1958 erinnerte dieser daran, wie im Mai 1945 das Leitungskollektiv der Ortsamtsstelle beschloss, den Opfern des Faschismus in Johannisthal ein Denkmal zu setzen. Im September 1945 wurde laut Neumann ein Odf-Denkmal „als erstes in Berlin“ durch – dieser Name ist nun bereits bekannt – Ottomar Geschke enthüllt. Eine Straßenumbenennung durch die Abteilung Straßenwesen im Magistrat von Groß-Berlin blieb zunächst erfolglos, doch man behalf sich anderweitig und so entstand die Anekdote, wie der Sterndamm seinen Namen erhielt: „Weil wir in einer Kaiser-Wilhelm-Straße nicht ein Denkmal für die Opfer des Faschismus einweihen wollten, waren wir gezwungen zur Selbsthilfe zu schreiten. Alle Straßenschilder mit dem Namen Kaiser-Wilhelm-Straße oder Kaiser-Wilhelm-Platz wurden von uns überklebt mit dem Namen Sterndamm.“⁹

Nach der Einweihung der Treptower Odf-Denk-mäler machten diese auch andere Schlagzeilen: Am 5. Januar 1949 war das Johannisthaler Denkmal zum dritten Mal geschändet worden, der Gedenkstein wurde umgestürzt, Blumen und Kränze zerrissen und verstreut. Die BZ berichtete, wie am 16. März 1949 daraufhin dem 28-jährigen Willi Schulz, Sohn eines Schlächtermeisters von der Kammer des Schnellschöffengerichts Mitte im Kino Astra am Sterndamm der Prozess gemacht wurde. Laut der Zeitung herrschte großer Andrang durch die



Bevölkerung und der Kinosaal war schon Stunden vor der Verhandlung am Nachmittag überfüllt. Das Gericht ging nicht davon aus, dass es sich um eine politisch motivierte Tat handelte. Schulz lebte nach Rückkehr aus der Gefangenschaft ohne materielle Sorgen. Nach einer Geburtstagsfeier im Haus der Schwiegermutter ging er, so wird berichtet, auf Socken zum Platz des Denkmals und rüttelte nach eigener Aussage nur einige Male daran. Für die Entehrung der Gedenkstätte musste sich Schulz nichtsdestotrotz voll verantwortlich zeigen, er wurde zu anderthalb Jahren Gefängnisstrafe sowie Verlust der bürgerlichen Ehrrechte verurteilt.¹⁰ Der zweite öffentliche Prozess dieser Art gegen Odf-Denk-malschänder fand laut Angaben der BZ am 4. Juni 1949 in den Kapitol-Lichtspielen in Adlershof statt. Im Mittelpunkt des Interesses stand nun das dortige Odf-Denkmal. Die rege Publikumsbeteiligung verweist auf die symbolische Bedeutung der Prozesse um die Odf-Denk-mäler im Nachkriegsdeutschland.¹¹

Jüdischer Friedhof Weißensee

Dem Fotografen Abraham Pisarek verdanken wir nicht nur Aufnahmen vom „1. OdF-Tag“ am 9. September 1945 auf der Werner-Seelenbinder-Kampfbahn, sondern auch von einer Gedenkveranstaltung auf dem jüdischen Friedhof Weißensee. Hier wurde am 16. September 1945 durch die jüdische Gemeinde der Grundstein für ein Ehrenmal gesetzt. Es gilt als eines der ersten Denkmäler für jüdische NS-Opfer im damals sowjetisch besetzten Teil Deutschlands.¹² Fotografien Pisareks vom Oktober 1945 zeigen die offizielle „Einweihung des Denkmals für die Opfer des Faschismus“, so die vermutlich vom Fotografen vorgenommene Beschriftung. Auch wenn die Widmung des Steins nicht bekannt ist, handelte es sich dabei aller Wahrscheinlichkeit nach um „jüdische OdF“, einen Terminus, den Pisarek beispielsweise für die Überführung der Urne Herbert Baums vom Friedhof Marzahn auf den Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee 1949 verwendete.¹³ Neben Erich Ne[h]lhans, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde und Dr. Löwenstein sprach auch Julius Meyer als Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald. Im September 1945 wurde er auf Vorschlag der Jüdischen Gemeinde durch Ottomar Geschke beauftragt, eine Abteilung „Opfer der Nürnberger Gesetzgebung“ (OdNG) im Hauptausschuss der OdF zu gründen. Meyer leitete die Abteilung ab dem 1. Oktober 1945 bis zum Ende des Jahres 1949. Somit ist auch die Genese des Weißenseer Denkmals als aus dem OdF-Diskurs kommend zu lesen.

Am 23. April 1950 wurde der ursprünglich provisorisch gesetzte Gedenkstein am Friedhof Weißensee ersetzt. Zumindest kam es an diesem Tag zu der Einweihung eines Gedenksteins, wie er in ähnlicher Form auch heute auf dem Friedhofsgelände zu finden ist. Am 11. Oktober 1953 wurde er mit angepasster Inschrift erneut eingeweiht. Bei der feierlichen Einweihung sprachen Otto Nuschke als stellvertretender Ministerpräsident der DDR, Ottomar Geschke – nota bene – als Mitglied des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer und der Rabbiner Martin Riesenburger.¹⁴ Die vom OdF-Ausschuss organisierte Veranstaltung am zweiten Sonntag im September wurde

ab 1950 – nun schon zu DDR-Zeiten – ohne Bezug auf jüdische NS-Opfer durchgeführt. So hielt Heinz Galinski als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlins und ehemaliger Stellvertreter Meyers im Ausschuss der OdF dazu fest: „Wir haben bewußt diese Feierstunde in unsere Synagogen gelegt, um zu verhindern, daß unsere Toten auf anderen Kundgebungen für politische Zwecke missbraucht werden.“¹⁵

Letzte Spuren

Die ersten OdF-Denkmäler Berlins fallen in die Zeit der Formierung der OdF-Gedenkkultur im Herbst 1945. Semantische und personelle Ähnlichkeiten lassen sich in Bezug auf die Denkmalseinweihungen aufzeigen. Das älteste noch original vorhandene OdF-Denkmal steht etwas unscheinbar am heutigen Albineaplatz in Treptow. Einige Meter davor erinnert ein Natursteinquader mit Bronzeplatte an die umgekommenen Antifaschisten aus Johannisthal, das Datum der Einweihung ist unbekannt. Bemerkenswert ist hier, dass mit Günter Kobs („In den Soldatenrock der faschistischen Wehrmacht gepresst, leistete er intensive Aufklärungsarbeit“), Johannes Sasse („zum Kriegsdienst für die Monopolisten gezwungen) und Hans Schmidt („In die Zwangsjacke der faschistischen Armee gezwängt, trat er mutig gegen den imperialistischen Krieg auf“) unter anderem Soldaten/Deserteure gewürdigt werden, die, so der Gedenkstein, „Hitlers Blutregime zum Opfer fielen“.¹⁶ Auch das Adlershofer Denkmal ist dank der Initiative von Livia Käthe Wittmann, des Ortschronisten Rudi Hinte und des Adlershofer Bürgervereins weiterhin zu besichtigen. Im Zuge der Neugestaltung des Platzes der Befreiung wurde es 1969/1970 aus dem öffentlichen Stadtbild entfernt, der Sockel ging an die damalige Dimitroff-Oberschule in der Florian-Geyer-Straße, um eine Gedenkbüste für den Namensgeber der Schule zu errichten.¹⁷ Am 11. September 2005 anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes wurde das Denkmal auf Kosten des Bezirksamts schlussendlich wieder aufgestellt. Für die InitiatorInnen eine Chance an eine Vergangenheit anzuknüpfen, die eine Kontinuität verdient hätte.¹⁸

Anna Georgiev

Anna Georgiev arbeitet als freiberufliche Kulturwissenschaftlerin in Berlin. Derzeit verfasst sie für das Museum Treptow-Köpenick eine Publikation zu den Gedenkorten des Bezirks.

1) Rudi Hinte: Das Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Adlershof. Adlershofer Zeitung, 09/2005, Nr. 137, S. 4.

2) Stefanie Endlich: Wege zur Erinnerung. Gedenkstätten und -orte für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin und Brandenburg, Berlin 2006, S. 481.

3) Georg Dehio (Hrsg.): Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler, München/Berlin 1994, S. 511.

4) Denkmalpflegekartei vor 1989 für Johannisthal im Museum Treptow-Köpenick.

5) vgl. Hans Coppi/Nicole Warmbold: Der zweite Sonntag im September. Zur Geschichte des ersten Gedenktages für die Opfer des Faschismus. Gedenkstättenrundbrief 131, S. 12-19. Vgl. auch: Karl Raddatz: Gedenkschrift zur Gedächtnis-Kundgebung für die Opfer des antifaschistischen Kampfes in Berlin-Neukölln, 9. September 1945, Werner-Seelenbinder-Kampfbahn. Hrsg. Vom Magistrat der Stadt Berlin, Hauptamt für Sozialwesen, Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“, Berlin 1945.

6) Brief von Ottomar Geschke an den Berliner Oberbürgermeister vom 3. August 1945, Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 118-01, 39031, Bl. 12.

7) Vgl. Akademie der Künste Berlin, Archiv, Werkverzeichnis Hans Scharoun. O.J., N-56.

8) Die genauen Umstände der Denkmalseinweihung auch für den kleinen Stein finden sich bei Helga Köpstein: Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin, Berlin 2006, S. 6, 72ff., 78f.

9) Georg Neumann: Johannisthal in den Apriltagen des Jahres 1945. Treptower Rundschau. Nr. 8, Mai 1958.

10) O.A.: Er wußte genau, was er tat. Der Schänder des Jo-

hannisthaler OdF-Denkmal gefaßt und verurteilt, in: BZ vom 17. März 1949. Die Denkmalpflegekartei vor 1989 Johannisthal führt weiterhin folgende Quellen an: Am 16. März 1949 fand der Prozess gegen Schulz im Kino Astra statt (BZ vom 15. März 1949). Verwerfung des Berufungsantrags wegen Schändung des Denkmals (BZ vom 2. Juli 1949).

11) Denkmalpflegekartei vor 1989, Museum Treptow Köpenick. Handschriftliche Abschrift des Artikels. Der genaue Verlauf des Prozesses soweit bekannt findet sich unter Livia Wittmann: Wiederkunft. Spurensuche: Berlin-Adlershof, Berlin 2005, S. 214ff.

12) Andreas Weigelt/Hermann Simon: Zwischen Bleiben und Gehen: Juden in Ostdeutschland 1945 bis 1956. Zehn Biographien, Berlin 2008, S. 78ff.

13) Vgl. AKG-Images, Bilddatenbank-Nr. AKG398462 und AKG417761, zuletzt abgerufen am 20. Juli 2016.

14) Holger Hübner et al.: „Opfer des Nationalsozialismus“ (Herbert-Baum-Straße), in: Gedenkstätte Deutscher Widerstand/Aktives Museum e.V. (Hrsg.): Gedenktafeln in Berlin. URL: www.gedenktafeln-in-berlin.de, zuletzt abgerufen am 20. Juli 2016.

15) Soweit nicht anders vermerkt: vgl. Fußnote 12, hier S. 81.

16) Hans Maur: Gedenkstätten der revolutionären Arbeiterbewegung. Heft 3, November 1972, S. 13ff.

17) Matthias Busse: Wahre Geschichte(n) am falschen Ort. In der ND-Serie zu Orten der Befreiung: Adlershofer Platz erhält Mahnmal zurück, Neues Deutschland vom 3. Mai 2005. Vgl. auch Anschreiben Bezirksrat Dallmann: Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes Adlershof, 6. November 1970.

18) Wolfgang Weiss: Denkmal wieder an historischem Ort. Neues Deutschland, 21. September 2005; Rudi Hinte: Das Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Adlershof. Adlershofer Zeitung, 09/2005, Nr. 137, S. 2, 4; Livia Wittmann: Wiederkunft. Spurensuche: Berlin-Adlershof, Berlin 2005, S. 46ff, 220.

„ICH HABE JA NUR PRESSE-GEZEICHNET!“

Das Leben und Wirken Erich Blochs vom Kaiserreich bis in den Kalten Krieg

Seit einigen Jahren begeht der Berliner Senat im Oktober eine Gedenkveranstaltung am Denkmal „Gleis 17“ zur Erinnerung an die Deportation von Berliner Juden in die Vernichtungslager. Als diese Veranstaltung 2011 das erste Mal stattfand, sprach dort unter anderem Inge Deutschkron, auf die die Initiative zu der Gedenkfeier zurückging. Sie hatte die nationalsozialistische Verfolgung mit Unterstützung zahlreicher Helferinnen und Helfer überlebt, indem sie 1943 rechtzeitig untergetaucht war. Auf der erwähnten Veranstaltung trugen abschließend Schüler ein Gedicht vor, das sich mit der Frage befasste, wie es sein werde, „wenn eines Tages die Zeitzeugen nicht mehr da“ seien.¹ Einigen der Zeitzeugen, die den NS-Völkermord überlebten und die sich bereits in den ersten Jahrzehnten nach 1945 zum Gedenken am Bahnhof-Grunewald einfanden, gilt dieser Beitrag. Er setzt einen Artikel des letzten Rundbriefes fort, in dem das Aktive Museum anhand von Fotografien einer Gedenkveranstaltung danach gefragt hatte, wer Beteiligte auf den Bildern erkennt.² Die Resonanz war vielstimmig, so dass viele Protagonisten identifiziert werden konnten.³ Genannt sei die einstige KPD-Angehörige Käte Jurr, die von der Gestapo 1933 verhaftet und anschließend 18 Monate wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ inhaftiert war.⁴ Oder Franz Stepper, der den Widerstand der „Sozialistischen Arbeiter Partei“ unterstützt hatte und als „Mischling Ersten Grades“ Zwangsarbeit für die Organisation Todt hatte leisten müssen.⁵ Ferner waren die bekannte Sängerin und Auschwitz-Überlebende Lin Jaldati sowie Gerhard Danelius gekommen. Letzterer war in der NS-Zeit als Kommunist und Jude verfolgt worden und hatte auch im Versteck überlebt.⁶ Der ebenfalls anwesende Willy Bendit, der Sekretär der Jüdischen Gemeinde Ost-Berlins, hatte die NS-Zeit in einer „Mischehe“ überstanden. Zeitweilig war auch



Gerhard Danelius (4.v.r.) und Willy Bendit (3.v.r.) auf dem Weg zur Gedenkfeier



Die Teilnehmer der Gedenkfeier Käte Jurr (2.v.r.), Willy Bendit (4.v.r.), Lin Jaldati (7.v.r.), Kläre Begall (13.v.r.) und Erich Bloch (14.v.r.) unter Aufsicht von West-Berliner Polizisten



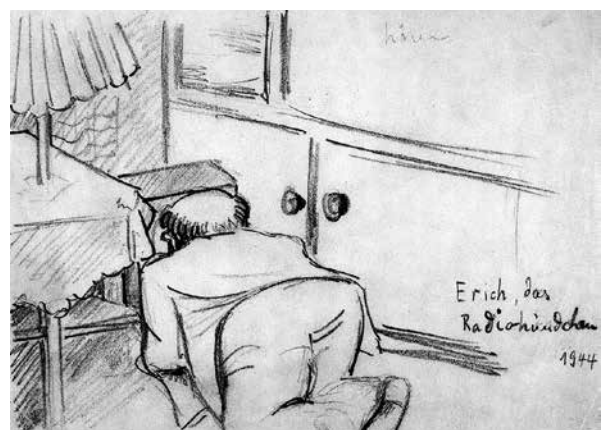
Die Teilnehmer der Gedenkfeier Franz Stepper (2.v.l.), Karl Stepper (6.v.l.) und Willy Bendit (2.v.r.) auf einem Gruppenfoto. Erich Bloch (5.v.l.) ist verdeckt.

er untergetaucht und, obgleich selbst unter ständiger Bedrohung, hatten er und seine nichtjüdische Ehefrau in ihrer Wohnung eine illegal lebende Jüdin versteckt.⁷

Weitere Teilnehmer der Gedenkfeier waren Klara Begall und der Grafiker und Maler Erich Bloch, der in den 1920er-Jahren ein bekannter Pressezeichner gewesen war und im „Dritten Reich“ als Jude und Kommunist verfolgt wurde. Er steht nicht zuletzt deswegen im Fokus dieses Beitrages, da er die NS-Verfolgung ebenfalls im Versteck überlebte. Seine persönliche Verbindung zur Ehrungsinitiative der „Unbesungenen Helden“ wirft zudem ein interessantes Schlaglicht auf die Nachkriegszeit. Mit der Initiative zeichnete der West-Berliner Senat von 1958 bis 1966 insgesamt 760 Menschen aus, die Verfolgten geholfen hatten.

Der 1893 in Berlin geborene Erich Bloch wuchs in einer jüdischen Familie auf. Er absolvierte eine Lehre als Goldschmied und besuchte danach die Königliche Kunstgewerbeschule. Während des Ersten Weltkrieges gab er diese Ausbildung auf und trat in die elterliche Glasgroßhandlung ein, um seine verwitwete Mutter zu unterstützen. Zum Militär wurde er aufgrund seiner körperlichen Behinderung nicht eingezogen; Bloch war sehr klein und hatte einen Buckel. In den Jahren der Weimarer Republik betätigte er sich – nachdem das elterliche Unternehmen 1924 liquidiert worden war – freiberuflich als Werbegrafiker, Pressezeichner und Werbeberater. Zudem engagierte sich Bloch politisch und gehörte der Liga für Menschenrechte und der Roten Hilfe an.⁸

Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten erhielt Bloch 1933 Berufsverbot. Eine Arbeits-Sondergenehmigung aus dem Jahr 1936 wurde ihm 1938 wieder genommen. Während der Novemberpogrome flüchtete er aus seiner Wohnung und entging somit der Verhaftung und Einweisung ins Konzentrationslager. Die Möglichkeit, in die USA zu emigrieren, schlug Bloch aus. Er hielt sich durch den Verkauf von Büchern, Antiquitäten und Stücken seiner grafischen Sammlung über Wasser und erteilte Zeichenunterricht für Juden, die sich auf die Auswanderung vorbereiteten. Im Juli 1942 erlebte Bloch die Deportation seiner Mutter nach Theresienstadt, wo sie im März 1943 starb. Seine Schwester wurde im selben Jahr in Auschwitz ermordet. Als Blochs nicht-jüdische Ehefrau Selma⁹ Deutschland schwer krank verließ, tauchte er aus Angst vor der Deportation unter. Verschiedene Freunde gewährten ihm Unterkunft. Seine wichtigste Helferin wurde Klara Begall, genannt Kläre, mit der Bloch lange Zeit befreundet war. Trotz ständig drohender Denunziation versteckte sie ihn bis zum Ende des „Dritten Reiches“ in ihrer Charlottenburger Wohnung. Eine Zeichnung Blochs aus dieser Zeit zeigt ihn unter einem Tisch einen englischen Sender hörend – während Kläre Begall am Fenster stand, um sicherzugehen, dass sich draußen kein unerwünschter Mithörer befand.¹⁰



Erich, das Radiohündchen, 1944

Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete Erich Bloch wieder in der Werbebranche. Zudem eröffnete er eine Kunstschule, die jedoch nur bis zur Währungsreform

im Sommer 1948 existierte.¹¹ Politisch war er wieder aktiv und gehörte der KPD beziehungsweise der SED an. Wie viele andere ehemals Verfolgte wurde er Mitglied der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), im Bezirk Charlottenburg fungierte er sogar als ihr Vorsitzender.¹² Der Organisation, die seinerzeit zahlreiche Gedenkveranstaltungen für Opfer des Nationalsozialismus ausrichtete, gehörten viele Überlebende an, die in der NS-Zeit als Juden und/oder Kommunisten verfolgt worden waren.

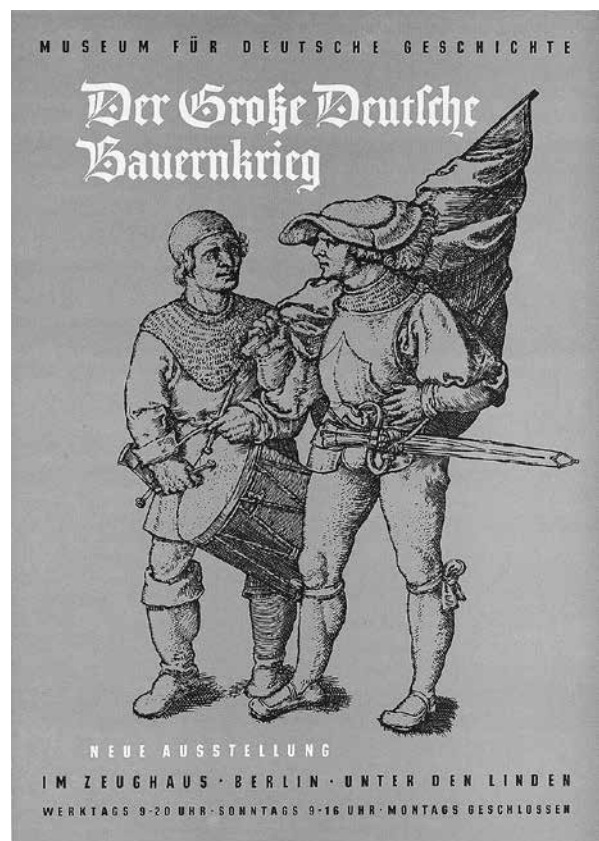
Die Auseinandersetzungen zwischen Ost und West im Kalten Krieg ließen auch die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen nicht unberührt. Das staatliche Gedenken in Ost-Berlin verengte sich zunehmend auf den kommunistischen Widerstand. Anschaulich wurde dies nicht zuletzt im Museum für Deutsche Geschichte, in dessen Ausstellung(en) insbesondere das Schicksal des 1944 ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann hervorgehoben wurde.¹³ Demgegenüber fokussierte man in West-Berlin (und der Bundesrepublik) auf den militärischen Widerstand des 20. Juli 1944, während der kommunistische Widerstand konsequent ausgegrenzt wurde. Die Helferinnen und Helfer, die Juden vor lebensbedrohender Verfolgung geschützt hatten, wurden kaum wahrgenommen. Aus dem kollektiven Erinnern und Gedenken an den Widerstand fielen sie heraus.¹⁴

Das Schicksal der jüdischen NS-Opfer thematisierten Anfang der 1950er-Jahre in der Öffentlichkeit fast ausschließlich ehemals Verfolgte und ihre Organisationen. Als im November 1953 am Bahnhof Berlin-Grunewald die erste Gedenktafel für die deportierten Berliner Juden eingeweiht wurde, mussten die Teilnehmer empört erleben, wie die West-Berliner Polizei versuchte, die Gedenkfeier zu verhindern. Nur durch das Beharren der Anwesenden konnte die Enthüllung der Tafel schließlich stattfinden.

Dieser Polizeieinsatz war nur eine von zahlreichen Maßnahmen gegen die VVN, die im antikommunistischen Klima West-Berlins scharfen Repressionen ausgesetzt war. Ihren Mitgliedern wurden Entschä-

digungszahlungen wegen erlittenen NS-Unrechts verweigert, sie verloren ihre Anstellung im öffentlichen Dienst, und die Polizei ging rigoros gegen ihre Veranstaltungen vor. Bloch erfuhr dies am eigenen Leib. Empört berichtete er Freunden in den 1950er-Jahren, dass er, „der verwachsene Krüppel“ (Zitat Bloch), und andere anlässlich einer VVN-Gedenkfeier von der Polizei „mit Gummiknüppeln geprügelt“ worden seien.¹⁵

Nach Schließung seiner Kunstschule fand Bloch lange Zeit keine Arbeit. Schließlich wurde er zum „Grenzgänger“ und arbeitete als West-Berliner im Ostteil der Stadt. Ab 1954 war er im Museum für Deutsche Geschichte als Werbeleiter und Werbeberater angestellt¹⁶ und unter anderem für die Gestaltung, Typografie und Herstellung des Katalogs zu der Ausstellung „Der große Deutsche Bauernkrieg“ verantwortlich¹⁷, die ab Mai 1955 im Zeughaus Unter den Linden präsentiert wurde. Die schöpfe-



Plakat- und Katalogmotiv der Ausstellung „Der Große Deutsche Bauernkrieg“ nach einem Kupferstich von 1544

rische Tätigkeit Blochs im Museum währte nur kurz. Im Sommer 1955 erlitt er einen Schlaganfall, danach war er rechtsseitig blind und gelähmt. Wieder war es seine Freundin Kläre Begall, die ihn pflegte und ihm die Hilfestellungen gab, die er nun zum Leben brauchte. Kurz nach dem Schlaganfall heirateten die beiden, denn Bloch wollte sie nach seinem Tod nicht unversorgt zurücklassen. Hilfe vom Staat erhielt Kläre Bloch nicht, obwohl sie wegen der Pflege ihres Mannes nicht mehr berufstätig war. Ihre Bitte um eine Unterstützung wurde von den zuständigen West-Berliner Stellen abgelehnt, da sie Mitglied der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ sei und somit für „totalitäre Ideologien“ eintrete. Auch der damalige Innensenator Joachim Lipschitz (SPD), der als Fürsprecher der NS-Verfolgten galt, nahm sich ihres Anliegens nicht an.¹⁸ Geprägt vom Kalten Krieg schloss er als oberster Dienstherr des Entschädigungsamtes tatsächliche und vermeintliche Kommunisten konsequent von Ansprüchen aus.¹⁹

Im Jahr 1958 war es Lipschitz – inspiriert vom Werk „Unbesungene Helden“ des Publizisten und ehemaligen Generalsekretärs der Liga für Menschenrechte Kurt R. Grossmann –, der die Ehrung und Unterstützung von Menschen anregte, die während der NS-Zeit Verfolgte unterstützt hatten. Zwar führte der Senat die von Lipschitz ins Leben gerufene Ehrungsinitiative der „Unbesungenen Helden“ nach dessen Tod im Jahr 1961 fort. Das Engagement ließ jedoch merklich nach und 1966 wurde die Initiative schließlich eingestellt. Kurz nachdem in West-Berliner Zeitungen 1963 über das bevorstehende Ende der Aktion berichtet hatten, schlug der gesundheitlich schwer gezeichnete Erich Bloch seine Frau für eine Ehrung beziehungsweise „Ehrenrente“ vor, die sie „im Alter vor allzu großer Not“ schützen sollte.²⁰ Tatsächlich wurde Kläre Bloch im April 1966 als eine der letzten „Unbesungenen Heldinnen“ vom Senat ausgezeichnet. Ihr Mann erlebte es nicht mehr: Erich Bloch starb 1965.

Die Geschichte von Erich und Kläre Bloch verdeutlicht, dass es auch während der NS-Zeit Handlungsspielräume gegen die Diktatur gab. Dies zu thematisieren, war in den Jahrzehnten nach 1945 vielen zu un bequem



Zeichnung Erich Blochs für eine Publikation des Verbandes der Pressezeichner, 1929

und kein anderes Bundesland schloss sich dem Vorbild der West-Berliner Ehrungsinitiative an. Demgegenüber gibt es heute nicht wenige Protagonisten mit völkisch-nationalistischen Gedankengut, die – so lassen sie scheinbar harmlos verlautbaren – die „positiven, identitätsstiftenden Aspekte der deutschen Geschichte“ stärker beachtet wissen wollen. Die Erinnerung an NS-Verbrechen empfinden sie als störend. Vor diesem Hintergrund muss das Wirken von Helferinnen und Helfern wie Kläre Bloch erst recht in der Öffentlichkeit präsent gehalten werden, sind sie doch – wie auch Lipschitz einst betonte – die eigentlichen Helden der deutschen Geschichte. Auch Menschen wie Erich Bloch verdienen diese Aufmerksamkeit, denn er war nicht nur NS-Verfolgter und trat früh für die Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus ein. Vielmehr lassen sich gerade an seinem Leben in fünf deutschen Staaten zahlreiche Aspekte der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts verdeutlichen, die von Höhen und abgründigen Tiefen geprägt waren.

Gerd Kühling

Dr. Gerd Kühling ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und Beisitzer im Vorstand des Aktiven Museums. Vor kurzem erschien seine Studie zur „Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen in Berlin 1945-1979“ im Metropol Verlag.

- 1) Susanne Gannot: Für sie soll's weiße Rosen regnen, in: taz vom 19.10.2011.
- 2) Gerd Kühling: Frühes Gedenken am ehemaligen Deportationsbahnhof Berlin-Grunewald: Ein Fund aus dem Bildarchiv, in: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Mitgliederrundbrief 47, Januar 2016, S. 18-22.
- 3) Für die Unterstützung bei der Recherche und der Identifikation von Personen auf den Fotos danke ich Peter Kirchner, Christine Kühnl-Sager, Kaspar Nürnberg, Helmut Maier, Edith Pfeiffer, Hermann Simon, Michael Stepper und Peter Wegner; besonderer Dank gilt Jan Groscurth sowie Barbara Schieb und Martina Voigt von der Gedenkstätte Stille Helden.
- 4) Käte Jurr – Akte „Opfer des Faschismus“, in: Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep 118-01, Nr. 2892.
- 5) Interview mit Franz Stepper, 1.10.1984, in: Archiv der VVN-VdA, Berlin.
- 6) Vgl. Biographie Gerhard Danelius, in: Recherchestation Gedenkstätte Stille Helden.
- 7) Gertrud Bendit – Akte „Opfer des Faschismus“, in: LAB, C Rep 118-01, Nr. 30388.
- 8) Die Angaben zu Erich Bloch entstammen, soweit nicht anders gekennzeichnet, der Recherchestation der Gedenkstätte Stille Helden.
- 9) Selma Bloch starb 1949.
- 10) Gerda Szepansky: Frauen leisten Widerstand 1933–1945. Lebensgeschichten nach Interviews und Dokumenten, Frankfurt am Main 1991, S. 199.
- 11) Biographie Erich Bloch, in: Recherchestation Gedenkstätte Stille Helden.
- 12) VVN-Westberlin, Schreiben an den Magistrat von Groß-Berlin, Referat VdN, 10.12.1953, in: LAB, C Rep. 118-01, Nr. 38124.
- 13) Gerd Kühling: Thälmann-Kult und deutsch-sowjetische Freundschaft, in: Stiftung Deutsches Historisches Museum (Hg.): Gemeinsame und geteilte deutsche Geschichte 1945–1990. Begleitheft zur Dauerausstellung (Bd. 7), S. 42-43.
- 14) Dennis Riffel: Unbesungene Helden. Die Ehrungsinitiative des Berliner Senats 1958 bis 1966, Berlin 2007, S. 32-35.
- 15) Für diese Information gilt mein Dank Jan Groscurth.
- 16) VVN-Westberlin, Schreiben an den Magistrat von Groß-Berlin, Referat VdN, 30.11.1955, in: LAB, C Rep. 118-01, Nr. 38124.
- 17) Museum für Deutsche Geschichte: Der große Deutsche Bauernkrieg (Kleiner Katalog), Berlin (Ost) 1955, S. 64.
- 18) Kläre-Bloch-Schule (Hg.): Broschüre anlässlich der Namensgebung der Kläre-Bloch-Schule, Berlin 1992, S. 10f.
- 19) Dieter Hoffmann: Joachim Lipschitz. Oberster Dienstherr des Entschädigungsamtes, in: Aktives Museum/Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hg.): Verfahren. „Wiedergutmachung“ im geteilten Berlin, Berlin 2015, 106-109, hier: S. 107.
- 20) Erich Bloch, Schreiben an die Senatsverwaltung für Inneres, 11.9.1963, in: LAB, B Rep. 078, Nr. 1343.

LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial

Berlin 2015

5,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge

3. Auflage, Berlin 2016

12,00 Euro

Stumbling Stones in Berlin. 12 Neighborhood Walks

Berlin 2014

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge

5. Auflage, Berlin 2016

12,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

20,00 Euro

Gute Geschäfte. Kunsthandel in Berlin 1933-1945

3. Auflage, Berlin 2013

20,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner

Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933–1945

Berlin 2006

5,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

20,00 Euro

CD-ROM 5,00 Euro

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de